

Gibt es einen europäischen Kern des populistischen Diskurses?

Florian Hartleb

Einleitung: Trumpetisierung und Gezeitenwechsel?

Die »Stunde der Populisten« schlägt derzeit laut und schrill. Die Pessimisten fragen, ob wir vor einer »Trumpetisierung europäischer Politik« stehen. Trumpetisierung meint daher Vereinfachung, Polarisierung und Ausgrenzung in Kampagnenform. Das Verb »trumpetisieren« eignet sich auch dadurch, dass es, wenn auch unfreiwillig, eine Nähe zum Musikinstrument der Trompete suggeriert (Hartleb, 2017). Es gibt aber auch Hoffnung. Nachdem *annus horribilis* 2016, Flüchtlingskrise, islamistischer Terrorismus, autoritäre Entwicklungen in Türkei, aber auch in Polen und Ungarn, das Brexit-Referendum, die Wahl von Donald Trump – könnte der Zenit erreicht sein. Bislang gilt aber: Die Erfolgswelle der Demagogen in Europa zieht die Aufmerksamkeit über nationale Grenzen hinweg auf sich. Fast überall haben sich sogenannte Anti-Establishment-Parteien als relevante politische Akteure etabliert. In einigen Ländern wie Deutschland, Finnland oder Schweden kamen sie bei jüngsten Wahlen als Begleitererscheinungen hinzu. Hierzulande hat sich die *Alternative für Deutschland* (AfD) zur rechtspopulistischen Partei entwickelt, die den traditionellen Vertretern wie *Front National* (FN) und *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) an Radikalität in nichts mehr nachsteht. Der Einzug einer Rechtsaußenpartei stellt eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik dar.

Auch wenn Trump, Brexit und die rechtspopulistischen Formationen von FPÖ bis AfD, anders als medial oft dargestellt, heterogene Phänomene sind, gibt es kaum mehr weiße Flecken auf der europäischen Landkarte. Schon vor Jahren war von einem »populistischen Zeitgeist« (Mudde, 2004) die Rede, der nun offenbar nicht nur anhält, sondern sich kontinuierlich ausbreitet. Dieser Zeitgeist weht vornehmlich »rechts«, wenn es auch in Südeuropa – in Griechenland, Spanien, Italien – einen starken Linkspopulismus gibt. Der Erfolg der rechtspopulistischen Parteien hat eine bedeutende Auswirkung auf den derzeit geführten politischen Diskurs. Vom Optimismus des fern gewordenen

annus mirabilis 1989, das als der »Siegeszug der liberalen Demokratien« ausgerufen wurde, ist wenig geblieben. Offenbar steht die Demokratie vor einem Vorzeichenwechsel. So sorgt der kurz vor den Pariser Terrorattacken im November 2015 erschienene Roman *Unterwerfung* des französischen Schriftstellers Michel Houellebecq für heftige Diskussionen – über Frankreich hinaus. Der Autor beschreibt darin das Szenario eines Landes, das von islamistischen Fundamentalismus und Rechtsextremismus erschüttert, ja traumatisiert ist (Houellebecq, 2015). Der Populismus ist »der Schatten der Demokratie«, »ein spezifisch modernes Phänomen« (Müller, 2016, S. 18).

Populisten verbreiten Binsenweisheiten. Sie wollen den gordischen Knoten moderner Politik mit dem Schwert holzschnittartiger Lösungsvorschläge und möglichst besserwisserischer Patentrezepte zerschlagen. Zwei zentrale Aspekte kennzeichnen die populistische Basiserzählung, die ihren Nährboden von Exklusion zieht:

- *vertikal* als allgemeines Merkmal des Populismus: die Abgrenzung gegen die politische Klasse (Institutionen, »Altparteien«). Sie kommt in einer Stimmung des »wir« gegen »die-da-oben« zum Ausdruck.
- *horizontal*: die Abgrenzung gegen »die-da-draußen« mit der Kreation von Feindbildern.

Im Folgenden geht es aber weniger um die strukturelle Logik des Populismus – Anti-Partei-Partei, Anti-Establishment, gezielter Tabubruch, manipulativer Einsatz von direkter Demokratie –, sondern um die inhaltlich-diskursive Ebene (zu den Kriterien dieser Unterscheidung vgl. Hartleb, 2004). Mein Beitrag soll vor diesem Bild hinterfragen, ob Populisten aufgrund ihrer opportunistischen Wendigkeit und Politik der Simplifizierung überhaupt zu »Großerzählungen« in der Lage sind. Findet eine Abkehr von gängigen Mustern, welche die Nachkriegszeit und die Post-1989-Epoche prägten, statt? Jahrzehntelang standen etwa ein enges transatlantisches Verhältnis und eine fortschreitende Europäische Integration im Vordergrund. Nun machte der US-Präsident Donald Trump mehrmals deutlich, dass sich Europa auf sich selbst besinnen sollte. Populisten setzten mit eigenen Erzählungen die offene Gesellschaft unter Druck, längst auch von der Regierungsbank aus. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán, Mitglied der christdemokratischen-konservativen Parteienfamilie innerhalb der Europäischen Volkspartei und damit Partner der deutschen Unionsparteien, kündigte schon 2014 in einer Rede an, einen »illiberalen Staat« errichten zu wollen. Die Finanzkrise von 2008/09 stünde für ein Scheitern des Liberalismus, gar des liberalen Verfassungsstaates:

»Ein Wettlauf um die Organisationsform der Gemeinschaft, des Staates geht vor sich, der am besten fähig ist, eine Nation, eine Gemeinschaft international wettbewerbsfähig

zu machen. Das ist die Erklärung dafür, meine Damen und Herren, dass das ›Schlagerthema‹ im heutigen Denken das Verstehen derjenigen Systeme ist, die nicht westlich, nicht liberal, und keine liberale Demokratien, vielleicht nicht einmal Demokratien sind, und trotzdem Nationen erfolgreich machen. Die ›Stars‹ der internationalen Analysen sind heute Singapur, China, Indien, Russland, die Türkei. [...] Indem wir uns von den in Westeuropa akzeptierten Dogmen und Ideologien lossagen und uns von ihnen unabhängig machen, versuchen wir, die Organisationsform der Gemeinschaft, den neuen ungarischen Staat zu finden, der imstande ist, unsere Gemeinschaft in der Perspektive von Jahrzehnten im großen Wettlauf der Welt wettbewerbsfähig zu machen. [...] Die liberale Demokratie war unfähig, [...] mit ihrer Arbeit der Nation zu dienen. Die ungarische Nation ist nicht einfach eine bloße Ansammlung von Individuen, sondern eine Gemeinschaft, die organisiert, gestärkt, ja sogar aufgebaut werden muss. [...] In diesem Sinne ist also der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat.« (Orbán, 2014, eigene Übersetzung)

Die These ist dabei, dass sich sehr wohl Gemeinsamkeiten herauschälen: ein personalisierter Angstdiskurs, der mit dem vornehmlichen Idyll des Nationalstaates zu Felde zieht und dabei die Europäische Union und Globalisierung als Kontrastfolie spiegelt. Für deren negativen Wirkungen gilt ihnen die Migrationsherausforderung als Beleg.

Trumps Antrittsrede als Rollenmodell eines personalisierten Angstdiskurses?

Trump, Le Pen, Wilders, Strache & Co.: Immer wieder wird betont, welche Bedeutung die Führungsfigur für die Wahlerfolge der populistischen Bewegung hat. Freilich ist umstritten, ob es allein an einem charismatischen Anführer liegt. Es finden sich, etwa in Skandinavien oder nun auch in Deutschland genügend Gegenbeispiele, wo eher spröde, unauffällige Figuren an der Spitze einer solchen Partei stehen, sich die populistischen Kräfte von den Etablierten damit strukturell nicht mehr unterscheiden. Oftmals erwartet die Anhänger- oder Wählerschaft gar keine Ehrlichkeit seitens der populistischen Anführer. Das belegt etwa das Glaubwürdigkeitsranking in Österreich, in dem Heinz-Christian Strache traditionell schlecht abschneidet. Auch viele Trump-Wähler wussten, dass ihr Kandidat sich immer wieder in Lügen verstrickt und, gelinde gesagt, nicht die Vertrauensseligkeit in Person ist.

Der Populist setzt – wie der mittlerweile verstorbene italienische Literatur- und Kulturwissenschaftler Umberto Eco meint – die eigenen Projekte mit dem Willen des Volkes gleich, und dann, wenn er Erfolg hat, verwandelt er in dieses von ihm selbst erfundene Volk einen (großen) Teil der Bürger, die von dem virtuellen Bild fasziniert sind und sich damit identifizieren (Eco, 2003). Die

Antrittsrede des gewählten US-Präsidenten Donald Trump könnte als neues Rollenmodell für Populismus gelten. Politiker wie Viktor Orbán, Geert Wilders und Marine LePen äußerten sich entsprechend. Immerhin finden sich bei Trump alle Elemente einer Anti-Establishmentattitüde – in Frontstellung gegen Washington D.C. – verbunden mit der Selbststilisierung als Retter des »kleinen Mannes« und der schweigenden Mehrheit. Die Situation des eigenen Landes wird dabei in düsteren Farben gemalt, der »Untergang des Abendlandes« prophezeit.

»Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert, und das Volk hat die Kosten getragen. Washington blühte, aber das Volk hat nichts von dem Reichtum gehabt. [...] Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde. Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nicht mehr vergessen sein. Alle hören jetzt auf euch. [...] Der Amtseid, den ich heute schwöre, ist ein Treueid an alle Amerikaner. [...] Gemeinsam werden wir Amerika wieder stark machen.« (Trump, 2017, eigene Übersetzung)

Trump, der populistische Agitator, handelt gemäß einer sogenannten »umgekehrten Psychoanalyse« (Löwenthal, 1990), wie sie aus dem Zeitalter des Faschismus bekannt ist: Er nähert sich seinem Publikum mit genau der gegen teiligen Intention, mit welcher der Analytiker auf die zu therapierende Person zugeht. Der Demagoge greift die individuellen Verunsicherungen, die neurotischen Ängste auf und verstärkt sie gezielt mit dem Zweck, den Patienten nicht mündig werden zu lassen, um so eine feste Bindung zu erzeugen (Dubiel, 1986, S. 42). Trump zeigt: Der Populist wirbt damit, die einzige Alternative zum politischen Chaos bzw. zu den korrupten Parteien/Politikern zu bieten, mithin »sauberer« Retter der Nation zu sein. Angeblich führe er das »absolut Neue« im positiven Sinne in die Politik ein. Der Populismus bietet Orientierung nicht zuletzt auch deshalb, weil er als Bewegung auftritt, welche die Lösung von Problemen »personalisiert«. Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das längst im Mainstream angekommen ist, wie die aktuellen Entwicklungen in Frankreich und Österreich, beides Länder mit starken Rechtspopulisten, bereits seit Mitte der 1980er Jahre gezeigt haben. Aus der Mitte heraus werden die Rezepte der Populisten von den Rändern neu garniert und dem Publikum schmackhaft gemacht. Die Öffnung für Quer- und Seiteneinsteiger symbolisiert die Skepsis gegenüber dem Berufspolitiker. Die Partei, nur mehr eine Hülle, firmiert als personalisierte Bewegung, nur scheinbar partizipatorisch geöffnet. Sebastian Kurz, der nach dem Amtsantritt im Mai 2017 alle Macht innerhalb der ÖVP an sich riss, profilierte sich als Außenminister, indem er für die Schließungen der Balkan- und Mittelmeerroute stand – im Verbund mit den osteuropäischen Staaten. Wer die österreichische Politik länger verfolgt,

erkennt hier strukturelle und inhaltliche Muster, die der Prototyp des europäischen Rechtspopulismus, Jörg Haider, bereits in den 1990er Jahren erfolgreich anwandte.

Über die leichte Verführbarkeit der Massen, auch in Demokratien, gibt es schon seit langem eingehende Diskussionen. Der Franzose Gustave Le Bon hat hier mit seinem erstmals 1895 veröffentlichten Werk *Psychologie der Massen* einen bis heute wirksamen Einfluss ausgeübt. Seine Beobachtungen stützte der Arzt und Psychologe auf die Antike, die Französische Revolution und die Herrschaft Napoleons. Schon über ein Jahrhundert vor dem gegenwärtigen, vermeintlich postfaktischen Zeitalter, der Diskussion um »Schwarmintelligenz« und der Erfassung des Einzelnen via *Big Data* schimmert ein Kulturpessimismus durch. Die Masse sei »triebhaft und wandelbar«, neige zu »Überschwang und Einseitigkeit«, »Erregbarkeit, Leichtgläubigkeit und Einfalt« (Le Bon, 2016, S. 42, S. 52, S. 161). Ihr gegenüber steht der Anführer, der sie, auch rhetorisch, zu behandeln weiß: »In allen sozialen Schichten, von der höchsten bis zur niedrigsten, gerät der Mensch, sobald er nicht mehr alleine steht, leicht unter die Herrschaft eines Führers.« (Le Bon, 2016, S. 113) Der renommierte Journalist Paul Lendvai sieht Le Bon durch Viktor Orbáns Popularitätsanstieg dank dessen gezielter Anti-Flüchtlingskampagne bestätigt (Lendvai, 2016, S. 202-209).

Euroskeptizismus – Idee eines Europas der Vaterländer?

Ist die Brexit-Entscheidung die Folge einer rücksichtslosen Lügenkampagne, ein Zeichen dafür, dass die EU kein Zukunftsmodell mehr darstellt und Europa zum Nationalismus zurückkehrt? Befindet sich das europäische Projekt gar in »Lebensgefahr« (so der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger unmittelbar nach dem Referendum im Juli 2016)? Immerhin würde die EU mit Großbritannien im Fall des Falles ihren zweitgrößten Nettozahler verlieren, neben vielen anderen Folgen. Die Entfremdung zwischen der Brüsseler Elite und der Bevölkerung jedenfalls wächst. Entsprechend schwindet die Bastion, »eine immer engere Union der Völker Europas zu schaffen«, wie das 1992 der Vertrag von Maastricht, Voraussetzung für die gemeinsame Währung als Symbol der Einheit, als hehres Ziel ausgegeben hat (Rat der europäischen Gemeinschaften & Kommission der europäischen Gemeinschaften, 1992, S. 4). Vor einigen Jahren hätten es wohl auch die Rechtspopulisten selbst nicht für möglich gehalten, dass ein EU-Mitgliedsland, noch dazu aus eigenem Willen, der EU den Rücken kehrt. Der britische Volksentscheid ist in der Europäischen Integrationsgeschichte beispielloos, da sie bislang eher als fortlaufende Vertiefung und Erweiterung gedacht wurde: Noch nie hat ein langjähriger Mitgliedstaat seine Bürger über den Austritt aus dem Staatenverbund abstimmen lassen.

Die Griechenlandkrise und die Uneinigkeit der europäischen Staaten in der Flüchtlingsfrage haben für eine fast chronisch gewordene Katerstimmung gesorgt. Verkannt und bewusst als Schwäche ausgenutzt wird hier, dass das System der EU naturgemäß auf Kompromissen beruht. Offenbar gibt es quer durch die Länder einen Meinungsumschwung. Die EU wird nicht mehr als unverzichtbarer Friedensgarant wahrgenommen. Die Erweiterungseuphorie ist längst verpufft. Nicht nur die Populisten stellen das Modell der EU in Frage, sprechen sogar vor einer »Sowjetisierung«. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán warnte beim Gedenktag zur ungarischen Revolution von 1956 am 23. Oktober 2016, 60 Jahre danach: »Freiheitsliebende Menschen müssen Brüssel vor Sowjetisierung und vor Menschen, die für uns bestimmen wollen, mit wem wir zusammenleben sollen, retten.« (Orbán zit.n. Die Welt, 2016)

Längst ist das Thema »EU« kein Randthema mehr, sondern in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt. Generell umfasst die euroskeptische Agenda von Europas Populisten drei Komplexe: erstens den Euro und die Eurozone, zweitens die Strukturen der EU sowie drittens den Bereich der nationalen, kulturellen und regionalen Identität.

Mit dem Slogan »Europa – nein danke!« konnten Rechtspopulisten bei den jüngsten Wahlen bereits vor dem Brexit gewaltig an Zustimmung gewinnen. Rechtspopulisten haben sich dabei vielfach radikalisiert, als »weiche« und »harte« Euroskeptiker. »Weich« meint eher konstruktive EU-Kritik, etwa an einzelnen Politikbereichen, am Demokratiedefizit oder an weiterer Vertiefung. »Hart« bezieht sich auf die generelle, destruktiv motivierte Ablehnung der EU (Taggart & Szczerbiak, 2008). In Wahlkämpfen heißt es dann, etwa bei der Partei *Die (Wahren) Finnen*, beispielsweise »Immer, wenn die EU beteiligt ist, hast Du ein Problem!« (Raunio, 2013). Vor allem hat das Thema »Europa« auf der Agenda eine zentrale Bedeutung bekommen. Es stellt sich hier die Frage, ob das Motiv rein destruktiv ist (etwa »raus aus dem Euro im Zuge des Brexit«) oder ob auch eigene Konzepte verfolgt werden. Ein wie auch immer geartetes, unscharf konturiertes, wiewohl idealisiertes »Europa der Vaterländer« wird in diesem Zusammenhang immer wieder genannt – gerade in scharfer Abgrenzung zum Status quo der EU. Bei der FPÖ heißt das im Programm für die Nationalratswahl 2017:

»Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen geprägten Leitkultur stehen. [...] Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren [...]. Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist.« (Freiheitliche Partei Österreichs, 2017, S. 25)

Tabelle 1

Bereich Euro und Eurozone

- zugespitzt durch die Eurowährungskrise: Zurückweisung des Solidaritätsprinzips innerhalb der EU (innerhalb der Geberländer);
- Kritik an der Fiskal- und Austeritätspolitik; Schüren der Angst vor der Fremdbestimmung (innerhalb der Südländer);
- zugespitzt durch die Eurowährungskrise: Überlegungen, die EU oder zumindest die Eurozone zu verlassen; Ablehnung der gemeinschaftlichen Währung;

EU-Strukturen generell

- Präferenz eines Modells »Europa der Nationen oder Vaterländer«; Zurückweisung eines regulativen Superstaates oder von Visionen wie »Vereinigte Staaten von Europa«; mitunter Anspruch eines starken Europas nach außen (etwa über eine eigene Armee);
- Wendung gegen die »Mehr-Europa«-Rhetorik (Integrationsprozess als Einbahnstraße);
- Wendung gegen den diplomatischen Verhandlungsdiskurs in der EU, der nach Meinung der Populisten schwierige Fragen ausklammert oder mit dem Prinzip des Kompromisses löst;
- Anklage in Richtung der EU, zu zentralistisch, bürokratisch, kostspielig, technokratisch oder ineffizient zu sein (>zu viel Geld für europäische Beamte<);
- Vorwurf des in der Tat vorhandenen demokratischen Defizits (Frage der Verantwortlichkeit von politischen Entscheidungen);
- Vorwurf der Überkomplexität, die für gewöhnliche Menschen nicht verständlich ist;

Nationale, kulturelle und regionale Identität

- Erhalt des traditionsreichen Nationalstaats (nicht ersetzbar durch eine bürokratisierte EU);
- Nationaler Sonderweg mit EU-Austritt als Option (Brexit als Präzedenzfall);
- Verantwortung der EU für Massenimmigration und Schleuserkriminalität (durch die Grenzöffnung via Schengen und aktuell durch die Flüchtlingskrise);
- Multikulturalismus als fester Bestandteil der EU-Ideologie;
- Gefahr der regionalen Identität durch Brüsseler Zentralismus;
- Angst vor einer erneuten Fremdbestimmung (Brüssel als neues Moskau in den postkommunistischen Staaten).

eigene Auflistung

Blick nach Moskau und Eurasienidee

Russland tauchte in Programmen oder Reden der Rechtspopulisten kaum auf. Mittlerweile hat sich das schlagartig geändert. Bei dem umstrittenen Referendum auf der Krim setzte Moskau im März 2014 auf Wahlbeobachter des französischen *Front National*, des belgischen *Vlaams Belang*, der ungarischen *Jobbik-Partei*, der italienischen *Lega Nord* und der österreichischen *FPÖ*. Diese Formationen bestätigten bibel- und befehlsgetreu den demokratischen Charakter. Sie fühlten sich sicherlich geehrt, von teilweise national isolierten Protagonisten zu vermeintlich seriösen Gutachtern für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgewertet worden zu sein. Putins Ziel war sicherlich auch, Unruhe vor der Europawahl im Mai 2014 zu stiften. Im November desselben Jahres wurde dann bekannt, dass sich der *Front National* durch Millionenkredite einer Kreml-Bank seine Wahlkämpfe mitfinanzieren lässt, was seither für Diskussionsstoff sorgt. Gerüchte gibt es längst auch über andere Parteien, von der *Lega Nord* bis hin zur *AfD*. Längst lassen sich Gesprächszirkel und Netzwerke aller Art nachweisen (Reimon & Zelechowski, 2017). Ganz offiziell ist: Die *FPÖ* hat im Dezember 2016 ein Kooperationsabkommen mit Putins Partei *Einiges Russland* auf höchster Ebene, unter Beisein des Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache und des wenige Tage vorher beinahe zum Präsidenten gewählten Norbert Hofer, unterzeichnet. Ziel sei ganz im Sinne alter sowjetischer Doktrin »die Erziehung der jungen Generation im Sinne von Patriotismus und Arbeitsfreude«, wie es im Vertrag lautet (Die Presse, 2016). Noch vor wenigen Jahren beschwor die Partei die »rote Gefahr« aus Moskau. Die Kehrtwendung ist drastisch. Nun steht durch die zahlreichen Verbindungen die Frage im Raum, ob manche Rechtsradikale als »nützliche Idioten« Moskaus dienen oder gar ein »trojanisches Pferd« seien. Ob aus Naivität oder strategischem Kalkül: Ihr Feldzug gegen die EU wäre dann unter einem anderen Blickwinkel zu sehen.

Wichtig als Ideengeber ist der Moskauer Soziologieprofessor Alexander Dugin, dessen wirklicher Einfluss auf Putin unklar scheint. Dugin, der liberales Gedankengut gänzlich ablehnt, bemüht sich auf Konferenzen um die Gesprächskooperation und wirbt für eine eurasische Union. Eurasien, Gegenpol zu einem Atlantismus, meint hierbei keine Synthese aus Europa und Asien, sondern etwas Drittes, eine neue Qualität. Dugins »vierte Theorie« von Eurasien – nach Liberalismus, Kommunismus und Faschismus – könnte als Abwehrideologie bezeichnet werden. Akteure der Konservativen Revolution wie Ernst Niekisch, Armin Mohler oder Carl Schmitt werden als eurasisch angesehen (Leggewie, 2016). Der Franzose Alain de Benoist, Vordenker der *Neuen Rechten*, auf den sich Dugin auch beruft, sieht »Eurasiens Herz wieder schlagen«. Praktisch bedeutet das eine Abkehr von den USA und eine Hinwendung zu Russland:

»Rußlands Verhältnis zu Europa ist von einem Gefühl der Verbitterung, der ihm widerfahrenen Undankbarkeit und Erniedrigung geprägt. [...] Tatsächlich erwarten die Russen völlig zu Recht von Europa eine eindeutige Linie statt des ständigen Schielens nach amerikanischen Interessen. Europa wiederum braucht ein starkes Rußland, das seinen traditionellen Status als Großmacht und seine Rolle als strukturierender Faktor in den internationalen Beziehungen wiedererlangt hat, um seine eigene Unabhängigkeit zu bewahren und keinerlei Form von Bevormundung oder Einmischung von außen anheimzufallen. Sein politisches und geopolitisches Interesse liegt in einer möglichst engen Partnerschaft sowie einer Zusammenarbeit auf ökonomischer und technologischer Ebene mit Russland. [...] Europa muß sich endgültig vom Westen lösen und gen Osten wenden.« (Benoist, 2009)

In weltanschaulicher Hinsicht sind sich Europas Rechtspopulisten und Putins Russland einig, etwa in der Ablehnung von Homosexualität und der Kultivierung eines sozialen Konservatismus sowie einer handfesten Identitätspolitik. Hans-Thomas Tillschneider, kulturpolitischer Sprecher der *AfD Sachsen-Anhalt* verdeutlicht etwa: »Der westliche Liberalismus, der sein geistiges Zentrum an den US-amerikanischen Universitäten hat, dieser westliche Liberalismus der ist am Ende. [...] Ich finde auch, dass wir uns auseinandersetzen sollten mit Alexander Dugin. Mit seinen Theorien, mit seiner Theorie einer multipolaren Welt« (Tillschneider, zit.n. MDR Fakt, 2017). Auch der außenpolitische Sprecher der *Linken*, Wolfgang Gehrcke, ist ähnlicher Meinung. Er warb etwa in einem Film des staatlichen russischen Senders *Russia Today* für eine eurasische Union. Diese sei »ein Alptraum für die USA«, sagte Gehrcke in dem Film. Denn »solch ein Europa« bedeute das Ende der amerikanischen Vorherrschaft auf dem Kontinent (Tillschneider, zit.n. MDR Fakt, 2017).

Reflex gegen die Globalisierung im Lichte der Flüchtlingsherausforderung

Die vorgetragene Kritik aus dem Munde der Populisten stellt nicht die Globalisierung als solche in Frage, sondern betont die vielfach als »apokalyptische Reiter« wahrgenommenen Folgen der Globalisierung und bestreitet die – angebliche – Alternativlosigkeit der gegenwärtig dominanten Ausprägung. Die populistische Rechte agiert tendenziell »territorialistisch« (Leggewie, 2003, S. 33): Sie setzt die Illusion einer kleinen, intakten Welt, die vor globalen Wirtschaftszyklen geschützt werden kann; sie preist einen wirtschaftlichen Protektionismus an und kanalisiert diffuse Bevölkerungsängste, beispielsweise vor dem Verlust heimischer Arbeitsplätze durch Importe und Investitionen. Diese verengte, auf Ressentiments des »kleinen Mannes« abgestellte Sichtweise übersieht die Bedeutung globaler Abhängigkeiten und spielt mit

der nationalen Trumpfkarte. Die offiziellen Einwanderungspolitiken in den einzelnen Ländern würden dringend gebotenes Eingreifen rechtfertigen: Ein kultureller (einwanderungsfeindlicher) Protektionismus müsse bewahrt, eine kulturelle Globalisierung gestoppt werden.

In diesem Zusammenhang gilt die neue Herausforderung »Flüchtlinge« als zentrales Einfallstor für Propaganda und ressentimentgeladene Abwehrreflexe, im Sinne eines »Kulturkampfes« (Huntington, 1998). Immer stärker wird das Thema der Einwanderung auf die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft, speziell dem Islam, reduziert. Schon lange steht die Frage im Raum, wie die christlich geprägten Nationalstaaten der zunehmenden muslimischen Einwanderung begegnen sollen. Das neue Europa scheint mit der Frage konfrontiert, wie es kulturelle Identität behandelt, auch in Abgrenzung. Symbolisch dafür stehen die Frage nach einem (vielfach parlamentarisch bereits umgesetzten) Tschador- und Burkaverbot, aber auch – besonders heftig im laizistischen Frankreich ausgetragen – die Debatte um das Tragen von Kopftüchern von muslimischen Schülerinnen. Es scheint so, dass sich die öffentliche Meinung auch durch die Kampagnen der Rechtspopulisten polarisiert hat. Das liegt auch an der etablierten Politik selbst. Die Debatte über Immigration und »fremde, islamistisch geprägte Kulturkreise« hat durch den hohen Flüchtlingsandrang nach Europa eine neue Dimension bekommen. In den Worten des bulgarischen Intellektuellen Ivan Krastev:

»Seit einem Jahrzehnt – seit die Lehman-Pleite eine weltweite Rezession einleitete – vollführt die EU einen Tanz mit ihren eigenen Krisen: der Eurozone, dem Brexit, der Revolution (und möglichen Konterrevolution) in der Ukraine. Ich behaupte jedoch, die Flüchtlingskrise kann als *primus inter pares* der aktuellen Krisen und als der »Tanzpartner« gelten, den die EU letztlich heimsuchen wird. Als erste wirklich gesamteuropäische Krise stellt sie das politische, ökonomische und soziale Modell Europas infrage.« (Kras-
tev, 2017, S. 25)

Vor allem sorgt sie aber für einen kaum mehr gedachten Bruch zwischen West- und Osteuropa.

EU-Staaten wie Ungarn, Polen und die Slowakei zeigen bis heute schnell ihre grundsätzliche Aversion gegenüber Flüchtlingen aus islamischen Ländern. Fundamentale Unterschiede, wie die politischen Repräsentanten auf die Flüchtlinge reagieren, treten zu Tage, etwa in der Interpretation des Christseins: die ungarische Lesart läuft auf einen Ausschluss von Muslimen hinaus, während die deutsche Interpretation in der Aufnahme muslimischer Flüchtlinge einen Akt der Nächstenliebe sieht:

»Die Spaltung zwischen dem Westen und dem Osten in den Einstellungen zur Migration hat große Ähnlichkeit mit der Spaltung zwischen den kosmopolitischen Großstädten

und ländlichen Gegenden innerhalb der westlichen Gesellschaften. [...] Es ist bezeichnend, dass Papst Franziskus Flüchtlinge bei sich aufnahm, katholische Bischöfe in Ungarn und Polen jedoch dieselben gegen Flüchtlinge gerichteten Einstellungen äußerten wie ihre Regierungen.« (Krastev, 2017, S. 69)

Migranten könnten Parasiten und gefährliche Krankheiten in das Land einschleppen, hieß der Slogan aus Polen (Schuller, 2015). Zum ersten Mal mit dem Thema »islamische Einwanderung« konfrontiert, griffen führende Staatsrepräsentanten aus den ostmitteleuropäischen Staaten zu einer wüsten Krawallrhetorik, die man teilweise nicht einmal von Le Pen, Wilders & Co gewohnt war.

Schon jetzt gibt es in der Mitte von Gesellschaft und Politik fundamentale Kurskorrekturen in Richtung von Verschärfung, »Nulltoleranz« und generellen Debatten über die Verträglichkeit einer multikulturellen Gesellschaft und »kulturfremden« Einwanderung. Die Chancendiskussion ist einer Risikodiskussion gewichen. Der Diskurs geht in die Richtung, die der ungarische Premierminister Viktor Orbán mit demagogischem Unterton predigt:

- Europa muss seine Grenzen vor einem islamistischen Massenansturm schützen, sich notfalls abschotten.
- Europa muss seine abendländische Identität verteidigen.
- Europa hat keine historische und aktuelle Verantwortung, Flüchtlinge aus fremden Kulturkreisen aufzunehmen und in ihre Gesellschaft zu integrieren.
- Die Flüchtlingsherausforderung ist in erster Linie ein deutsches, nicht ein europäisches Problem.
- Gesellschaften, die kaum Erfahrungen mit Muslimen im eigenen Land haben, wie Ungarn, stehen einer Zuwanderung durch Flüchtlinge in hohem Maße ablehnend gegenüber.

Ähnlich wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erkennt Viktor Orbán die historische Dimension der Flüchtlingskrise, jedoch interpretiert er sie in entgegengesetzter Weise. Er schuf ein neues Grenznarrativ. Zu einem Festakt anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Ungarnaufstands im Bayerischen Landtag sieht er die Grenzöffnung von 1989 und den heutigen Grenzschutz als »zwei Seiten einer Medaille«. In der Wendezeit 1989 hätten die Ungarn für die Freiheit die Grenzen öffnen müssen. Und in den Jahren 2015 und 2016 habe Ungarn die Grenzen schließen müssen, um die Freiheit zu bewahren (Deutsche Welle, 2016). Diese Aussage offenbart ein zynisches Verständnis von Freiheit – ausgerechnet von derselben Person, Viktor Orbán, der einst im Sommer 1988 mutig, als 26-jähriger, den Abzug der sowjetrussischen Truppen in Ungarn forderte. Gerade vielen Deutschen ist diese Sichtweise fremd,

hat doch Ungarn selbst mit seiner Grenzöffnung den Fall der Berliner Mauer entscheidend forciert.

Es scheint, dass sich am Zankapfel »ethnische und religiöse Zugehörigkeit« unüberwindbare Gräben aufgetan haben. Mehr und mehr gewinnt die Unterscheidung zwischen Immigranten aus anderen EU-Staaten und aus islamisch geprägten Kulturkreisen an Bedeutung. Ivan Krastev zeigt sich verwundert, dass das Argument der »demographischen Panik« kaum eine Rolle für die osteuropäischen Staaten spiele. Statt einer Offenheit für meist junge Flüchtlinge herrsche eine »existenzielle Melancholie« (Krastev, 2016, S. 9-10), wobei eigentlich Bedarf an motivierten Neuankömmlingen bestünde: Immerhin sind ganze Landstriche durch *Brain drain* und der Abwanderung von Arbeitern etc. massiv vom »Aussterben« bedroht – mit gewaltigen Folgen wie Ärzte- und Pflegemangel. Von Urlaubsreisen abgesehen, wissen viele Menschen in Osteuropa kaum über die Lebensweise von Muslimen Bescheid, da sie damit bislang nicht im eigenen Land konfrontiert waren. In Estland etwa gibt es keine syrische, irakische oder afghanische Community, es existiert keine Moschee. Dennoch entwickelte sich im Gefolge der Flüchtlingskrise und der Aufnahme einer Handvoll Flüchtlinge eine Debatte darüber, ob und wie das Land die Flüchtlinge aus islamischen Kulturkreisen verkraftet. Schnell rückte die Angst vor Flüchtlingen in den Fokus. Es wäre aber verkürzt, hier nur auf die Staaten Osteuropas und deren politischen Diskurs zu schauen. Gerade in den betroffenen Aufnahmeländern Griechenland und Italien nutzen Populisten die nach wie vor schwierige Lage vor Ort für ihre Agitation. In den nächsten Jahren bleibt angesichts des Migrationsdrucks die Frage bestehen, ob Europa nicht überfordert ist und sich selbst übernimmt. Die künftigen Kampagnen der Populisten werden die Situation nicht einfacher machen.

Abschluss: Renaissance des Nationalstaats?

Der Erfolg von Europas Rechtspopulisten gründet sich aber vor allem auf eine negative Sicht der gegenwärtigen und zukünftigen politischen wie wirtschaftlichen Lage. Hier gibt es einen merkwürdigen Widerspruch: Obwohl es ihnen mitunter gut geht, herrscht unter den Wählern populistischer Parteien die Meinung vor, mit dem eigenen Land und der Gesellschaft gehe es bergab. Nach dem Motto: In der Vergangenheit lief vieles besser, in der Zukunft schwant hingegen Böses: Europäisierung und Globalisierung hätten fast nur negative Seiten. In Ostmitteleuropa scheint besonders der Appell an die nationale Identität erfolgreich zu sein: Anders als in Westeuropa gibt es immer noch nationalistische Traumata, so zum Beispiel in Ungarn den Vertrag von Trianon von 1920, durch den es damals große Teile seines Territoriums verlor. Immer noch, auch in der breiten gesellschaftlichen Mitte, existieren Vorstellungen

eines Großungarns. Viktor Orbán spielt gezielt auf dieser Klaviatur, ruft sich zum Bewahrer des Ungarntums aus.

In der Tat existiert eine Kluft zwischen den Menschen, für die Weltoffenheit zur Selbstverständlichkeit geworden ist, und denen, die Unbehagen, Unsicherheit oder Unwissenheit über die Auswirkungen der Modernisierungstendenzen für das eigene Leben empfinden. Für die Euphorie der Elite mit der neuen Zeit (»eine Bereicherung«, »es gibt keine Alternative«, »es macht uns alle wohlhabender«, »die einzige Art, der Weltprobleme Herr zu werden«) haben sie wenig übrig. Sie spüren nicht zu Unrecht, dass der Kosmopolitismus Bürger zweiter Klasse schafft (Cuperus, 2011). Die Unterstützer von Populisten stehen sicherlich nicht für ein liberales Lebensgefühl, das die *New Economy* Ende der 1990er Jahre hervorbrachte. Eine kleine Gruppe an jungen, technisch kompetenten und unternehmerisch denkenden Akteuren bekam Oberwasser – die sogenannte *Yetties* – young, entrepreneurial, tech-based, twenty-somethings. Mittlerweile ist der Rausch des Reichtums und der Blitzkarriere oftmals einem neuen Realismus gewichen (Wirsching, 2015, S. 87). Der Aufstieg des Rechtspopulismus zeigt, dass die gesellschaftlichen Umbrüche als zu rasch empfunden werden. Unter den Wählern sind Globalisierungängste stark ausgeprägt.

Ist »rechts« das neue »grün«? Zumindest in Westeuropa gibt es die Interpretation, den Aufstieg der Rechtspopulisten als Gegenbewegung zur 1968er-Bewegung und zu den »Grünen« zu interpretieren. Immerhin haben soziale Bewegungen progressive Politik wie Umwelt, Frieden, Emanzipation und Feminismus sowie Toleranz für gleichgeschlechtliche Lebensformen auf die gesellschaftliche wie politische Agenda gebracht – Errungenschaften, die Rechtspopulisten oftmals in ihrer Programmatik bekämpfen. Gerade »Gender-Mainstreaming« ist ihnen ein Feindbild. Für die USA und Europa sehen vergleichende Studien die kulturelle Frage als Zündstoff, der längst wichtiger als das wachsende sozio-ökonomische Gefälle geworden ist (Inglehart & Norris, 2016). Rechtspopulisten wollen mit einer starken Identitätspolitik das Rad der Zeit einer gesellschaftlichen Modernisierung zurückschrauben. Das gilt freilich nicht für alle, was einmal mehr die Heterogenität dieses Phänomens belegt: Ein Geert Wilders in den Niederlanden unterstützt mit seiner Fraktion libertäre parlamentarische Anträge, etwa das Recht auf Abtreibung oder aktive Sterbehilfe. Um sich sogar zum Vorreiter einer feministischen und homosexuellen Emanzipationsbewegung zu machen, startete er einst sogar eine Initiative, dass homosexuelle Soldaten in ihren Uniformen an der Gay-Parade teilnehmen dürfen (Vossen, 2011, S. 99). Immer stärker tritt ein Gegensatz zwischen Stadt und Land zum Vorschein. In Washington D.C stieß ein Kandidat Trump fast vollends auf Ablehnung. Man echauffierte sich. Ihre Anhänger finden Populisten dann auch vor allem in ländlichen Räumen. Dort bekommen es

die Menschen mit der Angst zu tun, wenn über das Ende des Nationalstaats oder ein Mehr an Internationalisierung gesprochen wird.

Nationale Alleingänge scheinen nicht nur mittels rhetorischer Kraftmeierei auf dem Vormarsch. Aber auch Populisten können nur für das Aufflackern von Retro-Momenten sorgen, das Rad der Zeit jedoch nicht zurückdrehen. Vielleicht geht es ihnen aber um etwas Anderes: eine ›heimelige‹, andere Gesellschaft, die sich fundamental von der jetzigen unterscheidet. Auf jeden Fall soll sie möglichst »homogen« sein, was immer das heißen mag. Leider gilt das auch für die Gegenseite, die in der Modernisierung die Chance sieht: Einwanderungsgesellschaften, transnationale Wirtschaftsmärkte und die Förderung von Weltbürgertum unter größtmöglicher Toleranz für andere Lebensstile. Offenbar fehlt aber ein Narrativ, weshalb Globalisierung Begeisterungstürme entfachen sollte. Ein gutes Beispiel ist hier die seit Jahren geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU mit den USA (*TTIP*), gegen das es eine breite Protestfront gibt. Symbol dafür ist das »Chlorhuhn«, das über den Atlantik »geflogen kommt«. Auf jeden Fall hat der Westen seine Strahlkraft verloren – durch einen veränderten politischen Diskurs, den die populistischen Parteien maßgeblich und wohl dauerhaft herbeigeführt haben.

LITERATUR

- Benoist, A. de (2009). *Eurasiens Herz schlägt wieder*. Junge Freiheit, 3. April 2009. Zugriff am 04.09.2017 unter <https://jungefreiheit.de/kultur/2009/eurasiens-herz-schlaegt-wieder/>
- Cuperus, R. (2011). Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck. In F. Wielenga & F. Hartleb (Hg.), *Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich* (S. 163-178), Münster: Waxmann.
- Deutsche Welle (2016). *Festakt zum Ungarn-Aufstand im Bayerischen Landtag*. Zugriff am 18.10.2016 unter www.dw.com/de/festakt-zum-ungarn-aufstand-im-bayerischen-landtag/a-36072499
- Die Presse (2016). *FPÖ schließt 5-Jahresvertrag mit Kreml-Partei*. Zugriff am 19.08.2017 unter <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5136136/FPoe-schliesst-FuenfjahresVertrag-mit-KremlPartei>
- Die Welt (2016). »Freiheitsliebende müssen Brüssel vor der Sowjetisierung retten«. Zugriff am 24.10.2016 unter <https://www.welt.de/politik/ausland/article158991620/Freiheitsliebende-muessen-Bruessel-vor-Sowjetisierung-retten.html>
- Dubiel, H. (1986). Das Gespenst des Populismus. In ders. (Hg.), *Populismus und Aufklärung* (S. 33-50). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Eco, U. (2003). *Erträumtes Volk*. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 2003, S. 33.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2017). *Unsere Identität in Europa bewahren, Punkt 25 des Programms für die Nationalratswahl 2017*. Zugriff am 12.09.2017 unter https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/images/Themen/wahlprogramm_2017/Wahlprogramm_8_9_low.pdf
- Hartleb, F. (2004). *Rechts- und Linkspopulismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hartleb, F. (2017). *Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.
- Houellebecq, M. (2015). *Unterwerfung*. Köln: DuMont.
- Huntington, S. (1998). *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, 5. Aufl., München: Siedler.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2016): *Trump, Brexit and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash* (Faculty Research Working Paper, 16-026, Harvard Kennedy School). Zugriff am 2.11.2017 unter https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2818659
- Krastev, I. (2017). *Europadämmerung. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Kratsev, I. (2016). The Unraving of the Post-1989 order. *Journal of Democracy*, 27 (4), 5-15.
- Le Bon, G. (2016). *Psychologie der Massen* [1911]. Hamburg: Nikol.
- Leggewie, C. (2003). Rechts gegen Globalisierung. *Internationale Politik*, 58 (4), 33-40.
- Leggewie, C. (2016). *Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co*. Berlin: Suhrkamp.
- Lendvai, P. (2016). *Orbán's Ungarn*. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Löwenthal, L. (1990). *Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- MDR Fakt (2017). *Eurasien-Konzept findet Anhänger bei Linken und bei AfD*. Zugriff am 13.09.2017 unter www.mdr.de/investigativ/fakt-afd-linker-urasien-100.html
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government & Opposition*, 39 (3), 541-263.
- Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Orban, V. (2014). *Full text of Viktor Orbán's speech at Băile Tușnad (Tusnádfürdő) of 26 July 2014*. Zugriff am 22.07.2016 unter <http://budapestbeacon.com/public-policy/full-text-of-viktor-orbans-speech-at-baile-tusnad-tusnadfurdo-of-26-july-2014/10592>
- Rat der europäischen Gemeinschaften & Kommission der europäischen Gemeinschaften (1992). *Vertrag über die Europäische Union*. Zugriff am 02.09.2017 unter https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_de.pdf

- Raunio, T. (2013). The Finns: Filling a Gap in the Party System. In K. Grabow & F. Hartleb (Hg.), *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe* (S. 133-160). Brüssel: Centre for European Studies.
- Reimon, M. & Zelechowski, E. (2017). *Putins rechte Freunde. Wie Europas Populisten ihre Nationen verkaufen*. Wien: Falter Verlag.
- Schuller, K. (2015). *Sprache des Hasses*. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Oktober 2015. Zugriff am 07.09.2017 unter www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wahlkampf-in-polen-jaroslaw-kaczynski-ueber-fluechtlinge-13856938.html
- Taggart, P. & Szczerbiak, A. (2008). Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe. In dies. (Hg.), *Opposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives* (Vol. 1) (S. 1-27). Oxford: Oxford University Press.
- *Taggart, P. (2000). *Populism*. Buckingham: Open University Press.
- Trump, D. (2017). *The Inaugural Address*. Zugriff am 02.09.2017 unter: <https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>
- Vossen, K. (2011). Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten: Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders, in Friso Wielenga & Florian Hartleb (Hg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich* (S. 77-104), Münster: Waxmann-Verlag.
- Wirsching, A. (2015). *Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989*. München: Beck.